

PLENUM AKTUELL

17. – 19. Mai 2011

Themen und Positionen

SPD-Landtagsfraktion



Chaos im Kultusministerium

CDU/FDP:

Seit Monaten halten sich Gerüchte, dass die Schulämter zentralisiert werden sollen. Hintergrund ist, dass dem Kultusministerium auferlegt wurde, jährlich ca. 70 Mio. € einzusparen. Kultusministerin Henzler sagt nun, sie wolle nicht am Unterricht sparen, sondern in der Verwaltung!?

Eine interne Arbeitsgruppe hatte ein Papier erarbeitet, nachdem neun von 15 Schulämtern geschlossen werden sollen. Die verbleibenden sechs wären jeweils für über 300 Schulen zuständig. Darüber hinaus sollen zehn von 30 Studienseminaren, Referendarplätze und Ausbilderstellen gestrichen werden. Das Ministerium wiegelt derzeit immer noch ab und teilt mit, dass es sich derzeit nur um eine Prüfphase handele.

SPD:

Wir lehnen die Zentralisierung der Schulverwaltung ab, denn die Schulen brauchen – gerade auf dem Weg zur Selbständigkeit – Unterstützung und kurze Wege zum Schulamt. Der Rückzug aus der Fläche und die viel zu großen Zuschnitte (ein Schulamt für ca. 300 Schulen!!) sind der falsche Weg und wird von Schulen, Lehrern, Schulträgern massiv kritisiert. Ein solcher Schritt würde auch den Abstimmungsaufwand der Schulleitungen enorm erhöhen – Zeit die dann für pädagogische Arbeit fehlen würde.

Wer 1/3 aller Studienseminare streicht, die Zahl der Referendare von 5.800 auf 4.500 reduziert und 150 Ausbilderstellen streicht, der streicht automatisch am Unterricht.

Schulämter, Mitarbeiter sowie Schulen sind derzeit stark verunsichert. Wir forderten die Ministerin auf, Klarheit zu schaffen und so wieder Ruhe in die Schulen und Schulämter zu bringen. Diese Chance hat sie in dieser Plenarwoche leider nicht genutzt.

Energie

CDU/FDP:

Die Aussagen von CDU und FDP in Hessen zur Atomkraft sind widersprüchlich und stehen im Gegensatz zu den Erklärungen der Parteien auf Bundesebene.

Der Hessische Ministerpräsident Bouffier lädt zu einem Energiegipfel ein, will angeblich eine Kehrtwende gegenüber der bisherigen Energiepolitik der Regierung einleiten, und gleichzeitig legt sich der hessische CDU-Generalsekretär auf eine mittelfristige Beibehaltung der Atomenergie fest.

Darüber hinaus lädt Bouffier den RWE-Chef Großmann zum Energiegipfel ein, obwohl RWE eine Klage gegen das Atom-Moratorium der Bundeskanzlerin führt und auch gegen eine Abschaltung von Biblis Klage erheben wird. In RWE einen verlässlichen Partner für die Energiewende zu sehen ist schon sehr blauäugig. Sie begründen das Wiederanfahren von Biblis damit, dass die neuen Brennele-

SPD:

Die SPD hat längst Energiekonzepte vorgelegt, die einen schnellen Ausstieg aus der Atomkraft ermöglichen, während in der CDU noch ein veraltetes „Lautenschläger-Papier“ die Diskussionsgrundlage ist.

Unsere Energiekommission hat einen 50-Punkte-Plan vorgestellt, mit dem wir Deutschland zur energie- und rohstoffeffizientesten Volkswirtschaft der Welt machen wollen. Uns ist dabei bewusst, dass sich die Energiewende „von unten durchsetzen“ muss, und dazu ist es erforderlich, die Macht der vier großen Energiekonzerne zu brechen. Denn diese haben heute einen Anteil von 80 Prozent an der Energieerzeugung. Diesen Anteil will die SPD bis 2020 auf 50 Prozent senken. Darüber hinaus ist es für uns selbstverständlich, dass die acht im Moratorium stillgelegten Atommeiler – darunter auch Biblis - nicht mehr ans Netz gehen und bis 2020 alle Atomkraftwerke ab-

mente aus Sicherheitsgründen noch abgebrannt werden müssen. Wohl wissend, dass sie diese Brennelemente erst kürzlich eingesetzt haben, um die von der Bundesregierung beschlossene Kernbrennstoffsteuer zu umgehen. Diese Steuer wiederum war das „Angebot“ der Stromkonzerne an die Bundesregierung für die katastrophale Entscheidung zum Ausstieg aus dem Atomausstieg.

geschaltet sind. Auf Landesebene wollen wir vor allem Städte und Gemeinden zum Motor der Energiewende machen. Dazu werden wir parlamentarische Initiativen ergreifen, um bestehende gesetzliche Hürden zu beseitigen. Die Energiewende bedeutet für uns auch ein Konjunkturprogramm für High-Tech, Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit.

Gerichtsschließungen

CDU/FDP:

Justizminister Hahn hat nach monatelangen Gerüchten nunmehr die Katze aus dem Sack gelassen und das Gesetz zur Schließung von weiteren Amts- und Arbeitsgerichten eingebracht.

Er begründet dies mit notwendigen Einsparungen aufgrund des erheblichen Rückgangs des Steueraufkommens. Darüber hinaus orientiert sich die Hess. Landesregierung an den Empfehlungen des Rechnungshofs aus dem Jahr 2003, wonach kleinere Gerichtsstandorte geschlossen werden sollten, da sie nicht effizient genug arbeiten.

Die Amtsgerichte in Bad Arolsen, Nidda, Rotenburg a.d.F., Schlüchtern sowie Usingen werden geschlossen. Ebenso stehen die Arbeitsgerichte in Bad Hersfeld, Hanau, Limburg, Marburg und Wetzlar auf der Streichliste.

SPD:

Die SPD hat bereits im Rahmen der „Operation düstere Zukunft“ in 2004 die Schließungen von acht kleinen Amtsgerichten und damit den Rückzug der Justiz aus der Fläche massiv kritisiert. Heute ist offensichtlich, dass unsere Kritik berechtigt war, da die kalkulierten Einsparungen nie eintrafen. Im Gegenteil: Die Unterhaltungskosten für fünf geschlossene Amtsgerichte belaufen sich bis heute bzw. bis zur jeweiligen Veräußerung auf ca. 140.000 €. Darüber hinaus konnten die erwarteten Verkaufserlöse - wie von uns erwartet! - nicht erzielt werden. Beispielsweise wurde das Amtsgericht in Butzbach zu 1 € verkauft, das Amtsgericht Wolfhagen brachte statt der avisierten 360.000 € nur 123.000 € und das Amtsgericht in Witzenhausen erbrachte 95.000 € für den Landeshaushalt statt der in der Schließungsbegründung genannten 467.000 €.

Die Schließung kleiner Gerichte geschieht zudem zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger, die längere Wege und größeren Zeitaufwand in Kauf nehmen müssen. Daher hat sich die SPD gegen die Schließungspläne und für eine orts- und damit bürgernahe Justiz ausgesprochen. Zumal - entgegen der Aussage der Landesregierung - gerade den kleineren Gerichten eine sehr effiziente Arbeit bescheinigt wurde. Darüber hinaus handelt es sich um veraltete Empfehlungen des Rechnungshofs aus dem Jahr 2003.

Statt Einsparungen zu Lasten der Bürger(innen) fordert die SPD seit Jahren Einsparungen im Bereich der nvs / SAP, die im Bereich der Justiz Millionen verschlingt.

Keine weiteren Sonderopfer für Beamte

Den Tarifbeschäftigten des Landes wird durch Tarifverhandlungen ab 1.4.2011 eine lineare Einkommensverbesserung in Höhe von 1,5% gewährt sowie eine Einmalzahlung von 360 €. Eine weitere Tarifsteigerung von 2,6% erfolgt zum 1.3.2012.

Die SPD forderte die Landesregierung in einem Antrag auf, das Ergebnis der Tarifverhandlungen unverzüglich auf die hessischen Beamten und Beamtinnen zu übertragen, da bis zur Plenarsitzung ein solches Ansinnen nicht erkennbar war.

Nach der Initiative der SPD erklärte der Innenminister, dass die Beamten ab dem kommenden Oktober 1,5% und ab Oktober 2012 weitere 2,6% erhalten sollen, jedoch nannte er keine Einmalzahlung wie sie die Tarifbeschäftigten erhalten.

CDU und FDP hatten den hessischen Beamten bereits eine 42-Stunden-Woche ohne Gehaltsausgleich zugemutet und damit eine der höchsten Wochenarbeitszeiten in Deutschland. Die Anpassung an den Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst ist nach Auffassung der SPD das Mindeste, was erfolgen muss.